

Dochtauten hervorgehoben worden, jungen Leuten, die die nötige Vorbildung genossen haben, und die nach Hochschulbildung streben.

Ueber diese traurige Lage der Hochschulen äußert sich der Towarischschik wie folgt: „Wir haben 9 Universitäten für 140 Millionen Einwohner. In Deutschland kommen 21 Universitäten auf 60 Millionen Einwohner. Wir vergleichen diese Ziffern nicht. Ein Vergleich unseres Landes mit andern kulturellen Staaten ist nutzlos. Wir sind von europäischer Kultur ganz entfernt. Aber der Drang zum Wissen, zur Wissenschaft muß einen Ausweg finden. Doch bei uns ist der Staat gegenwärtig bestrebt, womöglich diesen Andrang zu verhindern. Man macht nicht den geringsten Versuch, dieses brennende Bedürfnis wenigstens teilweise zu befriedigen. Und Versuche, die von Privatpersonen ausgehen, werden völlig vernichtet, wie die jüngste Schließung der Hochschule von „Lestgas“, wo ungefähr 1500 Hörer Zuzucht fanden, gelehrt hat.“

Der Pogrom in Odessa und die „eintrussischen Leute“.

Die offizielle Regierungserklärung über den Pogrom in Odessa sucht den Eindruck zu verwischen, daß die Regierungspartei Pogroms veranstaltet. Unter den Verhafteten, erklärt die Regierung, befinden sich viele, die ihre Angehörigkeit zum eintrussischen Verbande falsch angegeben. Damit soll gesagt sein, daß es nicht der Verband gewesen sei, der den Pogrom inszeniert hatte. Die Petersburger eintrussischen Verbände beden selbst diese Lüge auf, indem sie in einem Telegramm dem Odessaer Verbande für seine Tätigkeit bei Ausrottung der jüdischen Revolution ihren Dank aussprechen.

Brandstiftungen.

Der Minister des Innern erhielt Berichte über fortbauende Brandstiftungen in mehreren Gouvernements. Im Gouvernement Boronisch wurden 130 Gehöfte zerstört, im Gouvernement Nischnij-Nowgorod riesige Waldkomplexe angezündet.

„Sozialistische Kolonialpolitik.“

ap. Von einigen Seiten ist die Auffassung vertreten worden, als handle es sich bei den Debatten über die Kolonialresolution auf dem Stuttgarter Kongreß lediglich um einen Wortstreit, um die Frage, ob man den Beziehungen eines sozialistischen Gemeinwesens zu weniger entwickelten Völkern den Namen Kolonialpolitik beilegen dürfe, oder nicht. Nun ist es eine alte Erfahrung, daß die Versuche, einen sachlichen Gegensatz in einen Wortstreit umzuwandeln, in der Regel auf eine Vertuschung des wirklichen Gegensatzes hinauskommen. In diesem Fall liegt hinter dem angeblichen Wortstreit kein geringerer Gegensatz, als der zwischen der bürgerlichen Anschauungsweise und der proletarischen. Es handelt sich um eine grundsätzliche Beurteilung des Kapitalismus selbst.

Die bürgerliche Auffassung, so wie sie auch von den liberalen Ökonomen vertreten wird, sieht in der kapitalistischen Produktion vor allem die Erzeugung nützlicher Gegenstände, die Produktion des Gebrauchswerts. Daneben sieht sie wohl die Armut der Arbeiter und den steigenden Reichtum der Arbeitgeber. Doch diese betrachtet sie als Nebenerscheinungen, die vielleicht, soweit sie etwas Unliebliches herbeiführen können. Demgegenüber hebt die sozialistische Ökonomie hervor, daß die Produktion bei aller Warenproduktion in erster Linie Erzeugnis von Wert, und bei der kapitalistischen Warenproduktion Erzeugung von Mehrwert ist. In erster Linie, denn damit Wert und Mehrwert erzeugt werden, müssen die angefertigten Produkte zugleich auch Gebrauchswerte sein; daß diese Vorbedingung erfüllt sein muß, bekommt der Kapitalist in unangenehmer Weise zu spüren, wenn er seine Produkte nicht verkaufen und so seinen Mehrwert nicht realisieren kann. Aber in erster Linie ist es Produktion von Mehrwert, weil dieser Zustand den Charakter des ganzen Prozesses bestimmt. Der Kapitalist zielt nur daraufhin, möglichst viel Mehrwert zu erzeugen; kann er es nur durch Produktion brauchbarer Dinge, um so besser für die Verbraucher; kann er es besser durch Produktion von Schund und gefälschtem Zeug, ihm ist es gerade so recht. In dem Kapitalismus ist alles, die ganze Arbeitsordnung, die Lage der Arbeiter, die politischen Taten der herrschenden Bourgeoisie nur auf dieses einzige Ziel gerichtet: möglichst viel Geld, Mehrwert, Gewinn erzeugen. Und nur weil und nur soweit es zu diesem Ziele nötig ist, die Lebensbedürfnisse für die Gesellschaft zu produzieren, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen, neue Länder zu erschließen, Kultur zu fördern, findet dies alles statt. Aber es ist auch danach. Nur soweit es mit dem Gebote des höchsten Profits zusammenfällt, wird es gefördert — also zufällig, als Nebenumstand, der nicht maßgebend ist; ein andres Mal produziert der Kapitalismus Hunger, Tod, Barbarei, wenn dies den Profit fördert.

Dieser Trieb nach immer erhöhtem Profit bildet das innerste Wesen des Kapitalismus. Es mag eine schöne Sage sein, die man uns erzählt von einem gebändigten

„Sieh, Annemarie, ich muß jetzt hierbleiben. In der Heimat, Annemarie, und in der Einsamkeit, mit dir allein. — Ist das zu viel verlangt, Annemarie?“

„Ach, Thomas, ich wünscht mir doch nichts, als was du willst.“

„Du wirst sehen, Annemarie. . . . Lieber Gott, was können die Leute uns denn tun!“

„Wie du willst, Thomas!“ sagte sie leise, aber es klang ein Seufzer in ihrer Stimme mit, und sie blieb lange in ihren Gedanken und malte sich allerhand Demütigungen aus, die ihr hier nicht erspart bleiben würden. . . .

Schließlich aber nahmen keine lichten Zukunftsträume auch sie ein. Ihre Sorgen schliefen ein, und der Strom seiner Worte trug sie mit lauten Wiegen durch die Stunden. . . .

Ein glücklicher Tag dehnte sich für die beiden bis zur Nacht, lang durch die Fülle seiner Erlebnisse, denn sie waren heute wieder wie Kinder geworden, denen alles zum Erlebnis wird.

Und wo sie auch waren an diesem Tage, in jeden Augenblick mischte sich ihnen das leise Brausen des Meeres. Ihre Seelen waren so still, daß ihnen dieser Ton stärker bewußt wurde als sonst und sie oft den Atem anhielten, um darauf zu lauschen. Welle auf Welle hörten sie dann anschlagen: es klang wie der majestätische Pulsschlag der Welt; und ihnen war, als passe er sich dem Takte an, in dem ihre ruhigen Herzen pochten. . . .

(Fortsetzung folgt.)

Kapitalismus, der durch den Widerstand der Arbeiterklasse oder gar der ethisch-empörten öffentlichen Meinung, diesen Raubtrieb nicht mehr befolgen kann, und sich zur Produktion von Gebrauchswerten und zur Kulturmiffion bekehrt; aber es ist die Sage vom Teufel, der sich zum Bösen weichen ließ. Die Geldakkumulation ist wie der Atem des Kapitalismus; so lange er lebt, ist sie ihm das Leben selbst, und dieser Atem kann ihm erst ausgehen, wenn wir ihn erwürgen. Deshalb stehen Kapitalismus und Sozialismus, trotzdem der eine organisch aus dem andern emporwächst, einander schroff gegenüber. Bis zu der Zeit, wo das Proletariat die politische Herrschaft erobert, wird der Kapitalismus herrschen und ausbeuten; mit unserm Siege fällt die Herrschaft der Profitgier und fängt die Umwälzung der ökonomischen Grundlage der Gesellschaft an.

Diese Natur des Kapitalismus verkennt der Revisionismus, indem er von einem allmählichen Hineinwachsen des Sozialismus in den Kapitalismus redet, die politische Gewalt durch Mehrung von sozialistischen Parlamentsmitgliedern und Ministern allmählich in unsere Hände übergleiten sieht, und jede Sozialreform schon als ein Stück Sozialismus betrachtet. Diese Auffassung ist verständlich, wenn man das Gemeinsame der beiden Produktionsweisen, die Tatsache, daß mit großen Maschinen in Weltzusammenhang Waren produziert werden, hervorhebt, und das Gegensätzliche in die zweite Linie setzt. Dann wird der Unterschied der beiden Produktionsweisen zu einem Unterschiede im Grad, und dann ist es auch vollkommen richtig, wenn jede kleine Verbesserung als eine Mischung mit einer Portion Sozialismus aufgefaßt wird, und nur eine Steigerung dieser Portion nötig ist, nur Energie und Konsequenz in der Reform, um uns unmerklich in den Sozialismus überzuführen. Alle besonderen revisionistischen Auffassungen sind verständlich aus dem Verkennen des grundsätzlichen Gegensatzes, der in dem schließlichen Kampf um die ganze, vollständige politische Herrschaft seinen Ausdruck findet.

Dieser allgemeine Grundzug des Revisionismus, worin er seine bürgerliche Natur bekundet, erklärt auch das besondere Verhalten seiner Wortführer in der Kolonialfrage. In den Kolonien kann sich die Profitgier des Kapitals noch schreilicher und rücksichtsloser gebärden, wie in dem Mutterlande, weil es hier auf den Widerstand einer Klasse stößt, die über politische Rechte und Freiheiten verfügt und sich dadurch wehren kann. Diese Schranke fällt in den Kolonien weg. Zwar ist deshalb nicht alles dort Krieg, Nord und Ausrottung; wo sich dies profitabler erweist, findet Beherrschung und friedliche Ausbeutung statt. Daß diese aber nicht durch Kulturrücksichten auf das Wohl der beherrschten Völker diktiert wurde, zeigt sich in den Hungernöten in Vorderindien und in Java, in den fruchtbarsten, herrlichsten Ländern der Welt, eine Folge der schonungslosen Schröpfung der ackerbauenden Eingeborenen. Immer sind es die Profitinteressen der Kapitalisten und ihrer Regierungen, die die Kolonialpolitik bestimmen, und vergebens sucht man diesen Sachverhalt durch den widerspruchsvollen Ausdruck „kapitalistische Kultur“ zu verdecken. Wollte man aber durch dieses Wort ausdrücken, daß der Kapitalismus hier die höhere Entwicklungsstufe darstellt, durch die jedes Volk hindurch muß zum Sozialismus, so verkennt diese Auffassung nicht nur den Unterschied zwischen einheimischem Kapitalismus und Ausbeutung durch europäisches Kapital, sondern macht noch dazu aus der sozialistischen Entwicklungstheorie eine tote Schablone.

Der Revisionismus hebt an der heutigen Kolonialpolitik ihre unwesentlichste Seite hervor: die Tatsache, daß Waren ausgetauscht werden, und Handels- und persönlicher Verkehr besteht mit Europa. Da auch ein sozialistisches Gemeinwesen vorausichtlich einen — wenn auch wohl weniger starken — Austauschverkehr mit weniger entwickelten Völkern haben wird, sieht man die Stellung des heutigen Kapitalismus und des künftigen Sozialismus der Kolonie gegenüber als wesensgleich auf, nur in Neben- und Neuenheitsverhältnissen verschieden. Daß soll der Name „sozialistische Kolonialpolitik“ ausdrücken. Der schroffe Gegensatz zwischen dem ausbeuterischen mehrwertsuchenden Verhalten des Kapitalismus und dem kulturbringenden, nur den Gebrauchswert suchenden des Sozialismus wird dabei übersehen.

Nun kann ein Name an sich nie herzlich gleichgültig sein. Aber in dem, was der Name besagen soll, liegt eine praktisch-politische Bedeutung. Sind in der Tat kapitalistische und sozialistische Kolonialpolitik nicht grundverschieden, und trennen sie nur die Grausamkeiten und Unfähigkeiten der heutigen Herrscher, dann ist unsere Opposition gegen die heutige Kolonialpolitik keine grundsätzliche, sondern nur durch diese zufällige Barbarei bedingt. Dann besteht die Aussicht, dort, wo diese Barbarei ihr nicht sichtbar anhaftet und sie sich gebärdet als Kulturbringerin, unsere Opposition fallen lassen zu müssen. Dann würde die Sozialdemokratie als Förderer und Helfers-helfer der kapitalistischen Profitgier in überseeischen Ländern auftreten müssen, sobald diese nur in anständigem Maße auftritt. Das sollte mit dem Worte „sozialistische Kolonialpolitik“ in Aussicht gestellt werden, und deshalb ist es erfreulich, daß der Kongreß von Stuttgart dies zurückgewiesen hat.

Aus der Partei.

gt. Zum Parteitag. Die Generalversammlung des Wahlvereins Fürth-Erlangen-Hersbruck-Laus hat auf Antrag des Genossen Mörsberger beim Parteitag den Antrag gestellt, dieser wolle beschließen, „daß in Zukunft bei Abstimmungen über Sozialgesetze, auch wenn sie unsere Forderungen nicht voll erfüllen, die Fraktion ihre Zustimmung gibt.“ In der Versammlung des Ortsvereins Fürth beantragte nun Genosse Segß, den Delegierten zu beauftragen, gegen diesen Antrag zu stimmen, wenn er nicht zurückgezogen werde. Der Antrag sei prinzipiell und taktisch verfehlt. Er könne einer Aufforderung gleich, von unsern Forderungen so wenig als möglich zu genehmigen, weil ja unsere Abgeordneten unter allen Umständen für die Gesetze stimmen müßten. Der Antrag wurde schließlich vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Finanzen der Partei. Die letzten erschienenen Broschüre, die als Vorlage für die Delegierten zum Essener Parteitag die Berichte des Parteivorstandes, der Vertrauensperson der Genossen und der Reichstagsfraktion vereinigt, gibt eine in dem in der Presse erschienenen Vorstandsbericht nicht enthaltene übersichtliche und sehr interessante Zusammenstellung der Parteibeiträge, die der Zentralkommission zuzusenden, nach den Landesstellen geordnet.

Die Tabelle A verzeichnet die Beiträge der Organisationen, nach der amtlichen Reihenfolge der Reichstagswahlkreise geordnet. Danach sind eingegangen aus

Ostpreußen	610,80 Mfl.
Westpreußen	802,24 „
Brandenburg	153 274,18 „
(darunter Groß-Berlin)	150 000,— „
so daß Brandenburg ohne Groß-Berlin gezahlt hat	3 274,18 „
Pommern	1 778,80 „
Posen	84,70 „
Schlesien	7 568,86 „
Sachsen (Provinz)	18 546,88 „
Schleswig-Holstein	20 613,76 „
Hannover	18 522,68 „
Westfalen	8 880,17 „
Hessen-Nassau	6 886,14 „
Rheinprovinz	15 518,98 „
Preußen insgesamt	248 599,09 „
Bayern	11 719,58 „
Sachsen (Königreich)	64 956,89 „
Württemberg	4 151,97 „
Baden	5 579,23 „
Hessen	4 562,25 „
Mecklenburg-Schwerin	400,— „
Sachsen-Weimar	1 490,60 „
Oldenburg	2 757,02 „
Braunschweig	2 287,81 „
Sachsen-Meiningen	496,92 „
Altenburg	1 982,74 „
Stettin	977,98 „
Anhalt	594,54 „
Schwarzburg-Sondershausen	58,48 „
Schwarzburg-Rudolstadt	274,40 „
Waldeck	10,20 „
Neuß a. L.	594,— „
Neuß l. L.	1 702,— „
Elbe	186,24 „
Lübeck	1 250,— „
Bremen	7 600,64 „
Hamburg	101 525,97 „
Estland-Portingen	592,48 „

Soziale Rundschau.

Kruppsche Wohlfahrts-Einrichtungen. Unter dieser Ueberschrift berichteten wir kürzlich über ein Urteil des Gewerbegerichts Wetzlar, das den Anspruch eines entlassenen Kruppischen Arbeiters auf Herauszahlung der von ihm geleisteten Pensionsbeiträge für berechtigt erklärte. In der Begründung wurde die Praxis der Pensionkasse, auscheidende Mitglieder, und ihre Hinterbliebenen um jeden Anspruch an die Kasse zu pressen, als gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten verstoßend gebrandmarkt und überhaupt diese „Wohlfahrts-Einrichtung“ einer Kritik unterzogen, die der Firma wohl alles weniger als angenehm in den Ohren gestungen haben mag. Wir fügten der Begründung des Urteils die Bemerkung an: „Natürlich ist auch das vorstehend wiedergegebene Urteil kein dauernder Schutz für die Kruppischen Arbeiter; die Firma wird Mittel und Wege finden, um den „Segen“ der Pensionkasse den Arbeitern zu erhalten und außerdem gibt es ja auch noch andere Gerichte, die anders urteilen.“ Diese Voraussage ist schneller eingetroffen, als wir dachten.

Vor dem Gewerbegericht Essen hatten 5 ehemalige Arbeiter von Krupp die Firma auf Herauszahlung der geleisteten Pensionsbeiträge in Höhe von 10.66 Mfl., 30.39 Mfl., 98.14 Mfl., 152.68 Mfl. und 410.61 Mfl. verklagt. Sie ließen sich zum Teil durch Arbeitersekretäre vertreten und begründeten ihren Anspruch unter Hinweis auf die unverschämten Härten, die seit Bestehen der Pensionkasse die Mitglieder betroffen haben, und die Willkür, durch die dem pensionsberechtigten Arbeiter die Ansprüche auf die Kasse illusorisch gemacht wird. Ein Arbeitersekretär wies nach, daß nur ein Drittel der Mitglieder in den Genuss der Pension komme. Natürlich gab sich der Vertreter der Firma Krupp alle Mühe, den Anspruch als unberechtigt nachzuweisen. Er hatte denn auch die Genugtuung, daß das Gewerbegericht die Klage kostenpflichtig abwies, da in dem Verhalten der Firma Krupp ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht zu finden sei! Die Bestimmung des § 15 des Statuts, die besagt, daß mit dem Auscheiden des Mitglieds aus dem Dienst der Firma Krupp alle Ansprüche desselben und seiner Hinterbliebenen an die Pensionkasse erlöschen, enthalte noch keinen Verstoß gegen die guten Sitten. Solche Maßnahmen seien zusammenhängend mit der Lebensfähigkeit der Pensionkasse, auf der das gesamte Versicherungswesen sich aufzubauen habe, was auch schon daraus hervorgehe, daß eine einzige Jahrespension den Betrag der gesamten eingezahlten Beiträge eines Mitglieds bis zur Pensionsberechtigung bei weitem übersteige. Eine Härte und Unbilligkeit sei in dieser Bestimmung zwar enthalten; das bedeute aber noch keinen Verstoß gegen die guten Sitten. (1) Auch der Zwang zur Zugehörigkeit aller Fabrikangehörigen zur Pensionkasse sei noch kein Verstoß gegen die guten Sitten.

Mit dieser Entscheidung, die von einem Gericht gefällt wurde, das gerade für die größten Kruppischen Werksstätten zuständig ist, ist eine der ber-ühmten Wohlfahrts-Einrichtungen, die sich bisher für die Werksbesitzer so gut rentierten, gerettet. Zwar haben zwei Arbeiter, deren Klagesumme 100 Mfl. übersteigt, Berufung beim Landgericht eingereicht. Daß ihnen dieser Weg etwas nützen wird, ist schwerlich zu erwarten. Die Firma wird auch in Zukunft die Pensionkasse als ein Mittel gebrauchen können, die Arbeiter an ihre Unternehmen zu fesseln und wenn es ihr paßt, sie um ihre eingezahlten Gelder durch Entlassung pressen. Und obendrein kann sie dann noch mit dem Wohlfahrts-Schwindel haufieren gehen.

mi. Aus dem ostpreussischen Junkerparadies. Während des Reichstagswahlkampfes kritisierte der Vertrauensmann der Graudenzger Parteigenossen die Zustände auf dem Gute Annaberg in Westpreußen. Der Besitzer desselben, ein schneidiger Süßarenkennant, fühlte sich dadurch beleidigt und stellte gegen den Genossen Wigorzowski Strafantrag wegen Beleidigung, wofür ihn das Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilte. W. legte dagegen Berufung ein, und dieser Tage hatte sich die Strafkammer in Graudenz mit der Sache zu befassen. In dieser Verhandlung wurde der Wahrheitsbeweis geführt und dadurch folgendes ans Tageslicht befördert:

Die Zeugin Arbeiterfrau Rogalski, sagt aus, daß sie tote Anwillinge geboren habe. Weil sie sich geweigert habe, im schwangeren Zustande zu arbeiten, sei sie in Strafe genommen worden!! Die Zeugin Arbeiterfrau Muznik erklärt, daß sie im Juni vorigen Jahres mit einer F e h l g e b u r t niedergekommen sei; die habe sie sich durch das Tragen von schweren, großen, mit Erde und Nafen gefüllten Körben zugezogen!! Als sie einmal krankheitshalber nicht zur Arbeit ging, habe sie nicht nur den Lohn verloren, sondern es seien dafür von dem Lohne ihres Mannes 10 Mark in Abzug gebracht worden!! Als die Frauen, so bekundet die Zeugin weiter, die schweren Körbe getragen hätten und bei dieser Arbeit nur drei gewesen seien, hätte der Besitzer gesagt: „Kommen denn nicht noch zwei Weiber zur Arbeit?“ Und als ihm darauf geantwortet wurde, sprach er zu den Frauen: „Na wartet! Ihr sollt hungern, daß Ihr schwarz werdet!“

Die Zeugin Arbeiterfrau Schulz gab an, im sechsten Monat während ihrer Schwangerschaft in der Scheune im Pacht mit Kleebeden beschäftigt gewesen zu sein. Die Folge davon wäre eine Fehlgeburt gewesen. Als der Gerichtsvorstand sie fragte: